

Welfische



Welfische

15 Pfennig
(150 Mitarbeiter)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“, Sonntags Beilage: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wissenschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel. Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post **4.50** Goldmark. Bei Auswahl der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: in Goldmark; zum-Zelle 25 Pfennig, Familien-Anzeigen zum-Zelle 15 Pfennig, keine Verchnildlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag Ullstein & Co. (Herausgeber): Georg Bernbard, Vorstand, Redaktion (in Ansb. d. Chodakow): Carl Mitsch, Berlin. Ueberl. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beigefügt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Art. Dlnhbf 8600—8608, für den Fernsprecher Art. Dlnhbf 8996—8905. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheidkonto Berlin 624.

Milnerand zum Rücktritt entschlossen?

Das amtliche Wahlergebnis.

Nachrichtendienst der „Welfischen Zeitung“

Paris, 13. Mai.

In französischen politischen Kreisen erregt sich barschnellig das Gerücht, Milnerand sei entschlossen, sein Präsidentenamt zurückzutreten. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war bisher nicht zu erlangen.

Am Dni D'Orin wird behauptet, daß Poloncaré nicht nach England zurückkehren wird, da das Kabinett sich als demissionäres betrachtet und sich während seiner Tätigkeit als Geschichtsmoment für die laufenden Angelegenheiten erkaufen wird. In dem amtlichen Communiqué über den Ministerrat von heute vermittelte wird der Bericht auf die Reise nach Chequers nicht erwähnt, wird der Dni D'Orin zunächst die englische Regierung von diesem Besuch in Kenntnis setzen wollen, ehe er in amtlicher Form veröffentlicht wurde.

Das Communiqué hat folgenden Wortlaut: „Der Herr Poloncaré hat seine Resignation über die weitere Zuge verweigert. Der Ministerpräsident hat dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Absicht hat, schon am 1. Juni die Gesamtsitzung des Kabinetts zu überreichen.“ Der nächste Ministerrat ist auf den 22. Mai angesetzt.

Die „Samps“ bemerkt zu dem Besuch Poloncarés, am 1. Juni mit dem Kabinett zurückzutreten: „Dieser Besuch war durch keine günstige Stimmung motiviert. Alle in den meisten Fällen dieser Art hat der Kabinett sich allerdings stets nach dem Willen der Regierung. Aber es gibt auch Fälle, in denen das Kabinett im Amt geblieben ist und mit der neuen Kammer Sitzung gekommen hat.“

Das Ministerium des Innern hat heute mittags folgenden Artikel im „Staatsblatt“ für das Ergebnis der Kammerwahlen vom 11. Mai ausgegeben:

- Republikanische Rechte 20, Radikalisches Zentrum 117, linkes Zentrum (d. h. Einheitsrepublikaner und demokratische Linke) 127, Radikale und sozialistische Radikale 139, Sozialistische Republikaner 35, Sozialisten 102, Kommunisten und kommunistische Sozialisten 29, nach ausstehende Resultate aus den Kolonien 10, Stichwahlen 4, zweifelhafte ein Ergebnis im Wiederwahlgebiet.

In amtlichen Ziffern sind mit Vorbehalt aufzuführen, da die Fraktionszugehörigkeit der neuwahlgewählten Abgeordneten nicht durchweg festgestellt. Ferner ist zu beachten, daß ein Teil der Einheitsrepublikaner bisher in der Kammer mit der rechten Fraktion zusammengehört pflegte, während der rechte Flügel der Radikalen und ein Teil der sozialistischen Republikaner bisher dem linken Zentrum zugehörten war.

Es ist bei der Anklänge der französischen Parteistellungslinie heute noch nicht möglich, genaue Ziffern für die Parteipostellung der neuen Kammer anzugeben. Auf jeden Fall scheint eine rechte Einheitspartei Mehrheit schwer möglich, selbst wenn Radikale, sozialistische Republikaner und Sozialisten sich geschlossen hinter ein Kabinettsbild stellen sollten. Eine Regierungsmehrheit dürfte ohne die Mittlung des linken Zentrums unüberwindlich sein. Die Bildung der neuen Kammer wird also davon abhängen, ob die Sozialisten sich zur Zusammenarbeit mit dem linken Zentrum bereit zeigen und entsprechende Zusicherungen machen.

Die Wahlen in den Kolonien.

Neue Erfolge der Linken.

Paris, 13. Mai. (B. Z. P.)

Es liegen zwei Wahlergebnisse aus den Kolonien vor: In Guayana ist der Gewerbetreibende „Comme Libre“ Lauerer der sich als Einheitsrepublikaner bekennt, gewählt worden, im Congolegebiet der Partei Freund zugewandene Abgeordnete der alten Kammer Diagne.

Das Ermächtigungsgesetz des Reichspräsidenten.

Paris, 13. Mai. (B. Z. P.)

In einer von Cannes ausgehenden offiziiellen Mitteilung über den heutigen Ministerrat wird gesagt: Poloncaré und seine Mitarbeiter würden während ihrer resignierten Tätigkeit insbesondere darauf verzichten, die durch das Ermächtigungsgesetz verordneten Verordnungen in Kraft zu setzen, soweit sie die geplanten Erparnisse in Höhe von einer Milliarde zum Gegenstand

haben. Die Regierung behält sich jedoch vor, in den verschiedenen Abschnitten der dem Wege abmildernden Maßnahmen notwendigen Erparnisse durchzuführen, die nach ihrer Auffassung den Dienstbetrieb nicht schädigen können und deren Verwirklichung keine Grundbedingung berührt.

Was das spätere Schicksal des Ermächtigungsgesetzes anlangt, so würde es Sache der kommenden Regierung sein, im Einklang mit dem Parlament darüber zu befinden, ob und in welchem Maße es durchgeführt werden soll, oder ob Rücksicht zu nehmen, es aufzugeben.

Der neue Frankensfür.

Nachrichtendienst der „Welfischen Zeitung“.

Paris, 13. Mai.

Das englische Pfund ist während der letzten Portier Woche vorübergehend bis auf einen Kurs von 81 gefallen, um dann auf 78.13 zurückzuführen. Der Dollar stand vorübergehend auf 18.85, um auf 17.90 zurückzuführen. Der „Samps“ berichtet, der heutige Ministerrat habe den Finanzminister beauftragt, alle Maßnahmen zur Stärkung des Frankensfürs zu treffen. Der neue Frankensfür wird nach Ansicht des Ansehens wohl ansetzen, daß die neue französische Regierung in der Frage der Hilfe der deutschen Schuld Forderungen stellen werde, um die Reparationsregelung zu beschleunigen. Die letzte Forderung des Kabinetts-Büros lautete nach einer kürzlich erhaltenen Auskunft des Dni D'Orin folgendenmaßen: „Zunächst darf von den deutschen Zahlungen nicht weniger erachtet, als es nicht England und Amerika zu zahlen hat.“ In den Organen der Linken ist damals berichtet worden, daß Deutschland nach Ansicht der Sonderkommision alles in allem nur 35 bis 40 Milliarden Goldmark zahlen kann und Frankreich also nicht berechtigt rechnen kann, seine eigene äußere Schuld, die über 30 Milliarden beträgt, durch seinen Anteil an den deutschen Zahlungen decken zu lassen. Der neue Ministerat wird sich wohl nicht so erkläre, daß Frankreich nach dem Wahlausfall vom 11. Mai eine Regelung einbringen wird, welche die Forderung der früheren Schuld Frankreichs über die deutschen Zahlungen aussticht. In Streifen, die der Linken nachgehen, wird dazu aber bemerkt, daß der Ausfall der Wahlen oder Bauausfall hat die Lösung des Problems der interalliierten Schulden in dem nun französisch gewählten Sinne erleichtert wird. (Bezgl. Finanz- und Handelsblatt dieser Ausgabe.)

Die Schlichtung im Bergbau.

Die Schlichtungsverhandlungen im Bergbau werden, wie vorgesehn, Mittwoch vormittag beginnen. Heute ist sich die Verhandlungen, die nach einer Vorbereitung beim Reichsanwalt am 11. ihre Arbeit ansetzen, am Donnerstag der Beratungen über den Mantelvertrag angefaßt, bis am Montag im Ruhrgebiet ergebnislos abgebrochen wurden und jetzt durch Schiedsgericht des Reichsberghauptmanns entschieden werden sollen. Diese Gelegenheit wird man benutzen, um vorerst die großen Streitfragen, die den Anlaß zu der jetzigen Aufsperrung gegeben haben, zu behandeln.

Die Arbeitervereinigungen, der Reichsbund, werden durch Generaldirektor Dr. Wislocky und Bergassessor Hilling vertreten sein, der freigeberische „Aller Bergarbeiterverband“ durch August Schmidt, Vordam, von den christlichen Gewerkschaften werden der Landtagsabgeordnete Eger und 3 Mandat in den Verhandlungen teilnehmen. Obwohl von beiden Parteien bestritten wird, daß man beschleunigt sei, den Konflikt möglichst schnell beizulegen, ist es doch nicht zu erwarten, daß die Verhandlungen bereits heute zum Abschluß kommen werden.

Sonder:

Für Reise und Wanderung:

Die Kaufstätten der Reisenden, Juliangen am Karlebad, Die Hütten des Alpenvereins.

Offensive.

San

Derborth Dumann, Staatsminister a. D., Mitglied des Reichstages

In der „Welfischen Zeitung“ vom 5. Mai ist der demagogische Ankündigung Dr. Billpach für die Schaffung der großen Sozialisten und für die Streikregelung der Demokratischen Partei mit dem Deutschen Arbeiterpartei eingetret. Wie lassen heute das Wechselspielen eines föderalistischen Sozialdemokratischen Fortschritts zeigen, daß der Gedanke der Volksgemeinschaft über die Parteigränzen hinweg, zum mindestens in Scheitern, gestirmt wird.

Der Ausfall der Wahlen stellt fortgesetzt Veranlassung zu stilligen Betrachtungen in der Presse über die Nation. Das ist schon die letzten Entscheidung wieder, die man schon in der Wahlbewegung hören konnte: Zug und rechts, Stärkung der „Welfischen Partei“ usw. Es gehörte ja keine besondere Offenheit dazu, daß der politischen Fortschritt, die morgende des Vorabendens einer eingetragenen Tradition und in Folge der früher bei uns üblichen geistlichen Forderung der Staatsbürger von jeder Parteimitgliedschaft in weiten Kreisen der heutigen Partei noch vorerst, zu wünschen, daß diese Partei, welche die politischen Interessen der Arbeiterklasse zu unterstützen, zu unterstützen, zu werden, nach zu verstehen, nur auf ihren Parteivorteil beizugehen Demagogie und Sozialdemokraten für sie auszugeben wurde. Da es für diese Fortschrittigen viel bequemer ist, sich solchen Forderungen zu folgen, als die politischen Verantwortlichkeiten zu übernehmen, so unterziehen sie sich mit Sicherheit zu erwarten, daß die Parteien diesmal die Wählerlosen zu bezahlen haben würden, die in den letzten, insfolge des Abnehmens der Reparationsleistung zwangsläufig unzuförder getrieben wurden, die den Verantwortung mehr oder minder fast beteiligt gewesen sind.

Empfiehlt das Ergebnis aber vielleicht den Erwartungen, die auf der einen, und den Befürchtungen, die auf der anderen Seite gefügt worden sind? Bei weitem nicht. Mehr ist die kirchliche Mitte, welche, nach die Sozialdemokratie von links überannt oder gar aufgegeben worden, insbesondere die letzte aber einen Ansturm zu bestehen, wie er intensiver nie entfaltet worden ist, und am dem sich in verhängnisvoller Verkennung der politischen Notwendigkeiten durch die Parteien der Mitte betreiben, die alles Untere daran gehabt hätten, eine möglichst starke und im politischen Bewusstsein der dritten Arbeiterfortschritt viel wertvolle Sozialdemokratie zu erhalten. Gibt es doch zur Zeit keine Partei, die autoritativer als sie an der Verteidigung der geltenden Staats- und Rechtsordnung teilnimmt, also hauptsächlich im innersten Sinne des Wortes ist, die die deutsche Nation wie sie eine Ansehenpolitik führt, die Deutschland einigigt sichern und ihm zu einer freibleibenden, von Wahlenfall möglichst vornehmen Entscheidung werden will. Es sind demnach bis jetzt auch Organe der Mittelparteien mit beiden Behagen, eine schwere Niederlage der Sozialdemokratie aus der Tatsache abzuleiten, daß sie nicht die Gimmenschicht zu halten versagt, die im Sommer 1920 von ihm und der damaligen U.S.P. gemeinsam ergriffen wurde. Die Verneinung ist unaufrichtig. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß in der Gesellschaft der damaligen U.S.P. die kommunisierenden Elemente bei weitem überwiegen, was bei der Zeit nach dem ersten Erfolgen des Sozialismus, auch deutlich in die Erscheinung trat, daß mittels der Vereinigung mit der U.S.P. der Sozialdemokratie nach dieser Richtung hin gar keinen Vorteil brachte, sondern sie höchstens durch die Beziehung mit dem Amt der früher von der U.S.P. betriebenen politischen Politik zu gewinnen vermag.

Wer diese Sachlage sowie die Vereinigtheit der parteipolitischen Gegner würdigt, wird daher anerkennen müssen, daß die Sozialdemokratie dem sonstigen Ansturm von allen Seiten abzuweichen, die Sozialpolitik zu widerrufen vermochte wie die kirchlichen Fortschrittigen. Die extremen Mittelparteien, die völlig hemmungslos und nicht von dem letzten Verantwortungsgesicht befangen geachtet haben und von der Kunst einer demagogisch entwerfenden Stimmung, die nur im Willen zum Handeln, auf fern jene beherrschende Stellung in der Gesellschaft erlangt, auf die sie nach ihrer eigenen unpraktischen Antikindungen sicher rechnen zu können glauben, haben sich in dem Interesse nicht zu überlassen, sondern so sich nach dem Ausbruch einer Reichs-Opposition bei allen bevorstehenden Entscheidungen leisten zu können. So tragen die Mittelparteien, die sich zum Teil haben, wie z. B. die Deutschen Nationalen und die Deutschen Fortschrittigen, während des Wahlkampfes untereinander auf der politischen Bühne, auf fern dem Beweis in sich. Bei den Kommunisten wird der Tag nahezu ganz berechnet werden, am dem sie das gleiche Schicksal erleben, das nach den Wahlen von 1920 die U.S.P. erleben mußte. Das heißt bedeutet der „Steg“, den die hemmungslose Opposition zum Nutzen mit ihren bei dieser Wahl erlangt, zugleich dem Antritt ihres Abtritts. Das Verantwortungsgesicht der Wähler ist aufzurufen, es ist